

Entweder verstopft oder lahmgelegt

B 212 neu: Verwaltung widerspricht Landesbehörde

Von unserer Redakteurin
Ute Winsemann

DELMENHORST. Verstopft oder lahmgelegt: Zwischen diesen beiden Möglichkeiten bewegt sich nach Ansicht von Fritz Brünjes, Leiter des städtischen Fachbereichs Planung, das, was für das Delmenhorster Verkehrsnetz zu erwarten ist, wenn die Bundesstraße 212 gebaut und nicht zugleich für Entlastung gesorgt wird. Damit widerspricht er der Ansicht von Joachim Delfs, Leiter der Oldenburger Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr.

Delfs gesteht zwar zu, dass durch die neue Anbindung erheblich mehr Verkehr von Norden her in die Stadt oder durch sie hindurch geleitet werde. Doch sei für das im Raumordnungsverfahren enthaltene Verkehrsgutachten der Ist-Zustand der innerstädtischen Straßen zugrunde gelegt worden; sie könnten die Zunahme durchaus noch verkraften. „Diese Verkehre können dort fließen“, selbst wenn an den Straßen nichts getan werde. Darüber hinaus ließen sich mit „flankierenden Maßnahmen“ die Verkehrsströme in einer Größenordnung von mehreren Tausend Fahrzeugen pro Tag umlenken, wie ein von der Stadt in Auftrag gegebenes Gutachten aufgezeigt habe.

Selbstverständlich ließe sich einiges tun, um den Verkehr aus der Stadt herauszuhalten, stimmt Brünjes zu – etwa wenn Hauptverkehrsstraßen zu verkehrsberuhigten Zonen erklärt würden. Doch damit würde nicht nur der aus Delmenhorster Sicht unerwünschte Durchgangsverkehr – laut einer Schätzung rund 6000 zusätzliche Fahrzeuge pro Tag – ausgebremst, sondern auch die sogenannten Ziel-, Quell- und Binnenverkehre, also diejenigen, die innerhalb der Stadt unterwegs sind, aus ihr heraus oder von außen hinein fahren wollen. Alles, was eine spürbare Wirkung verspreche, lasse auch entsprechende Nebenwirkungen befürchten, sagt Brünjes und folgert: „Wir haben gar keine Möglichkeit, irgendetwas zu machen.“

Mit dieser Position mache es sich die Stadt zu einfach, findet wiederum Delfs. Jeder Bau neuer Bundesfernstraßen bewirke Verkehrsverlagerungen, in diesem Fall eben unter anderem eine „außerordentlich deutliche Erhöhung des Stadtstraßenverkehrs“ in Delmenhorst. Es könne aber nicht Aufgabe des Bundes sein, deshalb gleich die nächste Straße zu bauen. Vielmehr sei die „Kreativität der Stadtplaner gefragt“, die zudem die Chancen einer verbesserten Anbindung an Bremen mehr berücksichtigen sollten.